



---

# 3 Minuten für die Jungen

---

*Sehr geehrte Frau Nationalrätin, sehr geehrter Herr Nationalrat,  
sehr geehrte Frau Ständerätin, sehr geehrter Herr Ständerat,*

*In nur drei Minuten haben Sie diese Mitteilung gelesen. Sie vermittelt Ihnen einen kurzen, präzisen Überblick über ein kinder- bzw. jugendrelevantes Geschäft. Weitere Auskünfte erteilen wir Ihnen gerne per E-Mail (ekkj-cfej@bsv.admin.ch), telefonisch (031 322 92 26 oder 076 335 61 97) und auf [www.ekkj.ch](http://www.ekkj.ch).*

*Wir wünschen Ihnen eine erfolgreiche Herbstsession 2011*

*Pierre Maudet, EKKJ-Präsident*

---

## **„Führt sie nicht in Verschuldung“ : Keine Werbung für Kleinkredite - Zum Schutze von Kindern und Jugendlichen**

Die Schuldner von Kleinkrediten werden immer jünger. Bereits 14-jährige können unter bestimmten Bedingungen Kunden von Kreditkarten werden. Und die Kleinkredit-Werbung lockt gerade Jugendliche als schwächste Glieder der Konsumkette mit ihren falschen Versprechungen in die Überschuldung. Mit der Pa. Iv. 10.467 von Josiane Aubert können Sie dem ein Ende bereiten.

### **Dringender Handlungsbedarf gegen Jugend-Überschuldung**

Beim Thema Überschuldung sind die Zahlen alarmierend: Bereits 8% der Bevölkerung leben in einem Haushalt mit erheblichen Kontoüberzügen oder Zahlungsrückständen. Eine im Auftrag des Bundesamtes für Justiz im Jahr 2007 durchgeführte Umfrage hat ergeben, dass rund ein Drittel der jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis 24 Jahren Schulden hat. Mit falschen Glücksversprechungen fördert die Werbung ein dem Budget unangepasstes Kaufverhalten - gerade bei Kindern und jungen Erwachsenen. Schon 14-jährige erhalten mit der Unterschrift eines gesetzlichen Vertreters bei einigen Anbietern ihre eigene Kreditkarte... Und weil bei Verschuldung von Jugendlichen fast immer zuerst die Familie in die Bresche springt, ist diese relativ liquide Zielgruppe für Kreditunternehmungen gewinnbringend.

### **Ja für ein Werbeverbot von Konsumkrediten**

Deshalb unterstützt die EKKJ ein Verbot von Werbung für Klein- bzw. Konsumkredite gem. Bundesgesetz über den Konsumkredit (KKG) im Sinne der genannten Pa. Iv. – denn gerade Kinder und Jugendliche sind für die Sirenenklänge der Werbung besonders empfänglich und ihnen häufig schutzlos ausgeliefert. Nebst diesem Verbot sind aber auch andere Präventivmassnahmen zu treffen: Konsumschulden und ihre gesellschaftlichen Folgen müssen ein Thema sein in der Schule. Ebenso wäre auch zu prüfen, ob der heutige Maximalzinssatz gem. Art. 14 KKG (15%) nicht gesenkt werden müsste, um das Geschäft mit den sogenannten „Kleinschulden“ weniger lukrativ zu machen.

### **Kreditinstitute verpassten Chance zur Selbstregulation**

Bereits 2007 forderte die EKKJ, dass 1% des Umsatzes von Konsumkreditfirmen als freiwilliges „Schuldenprozent“ an die Schulden- und Budgetberatungsstellen gehen müsste - im Sinne einer umfassenden und vor allem freiwilligen Präventionsbemühung dieser Branche. Damit wären autoritative, gesetzgeberische Schritte nicht mehr nötig gewesen. Leider hat hier die Industrie keinen Willen zur Selbstregulation gezeigt.

### **Der Ball liegt beim Bund**

Die Materie der Konsumkredite ist abschliessend vom Bundesrecht geregelt, deshalb ist es den einzelnen Kantonen nicht erlaubt, hier zum Schutz von Kindern und Jugendlichen tätig zu werden. Umso mehr ist also die Bundesversammlung gefragt: Unterstützen Sie die Parlamentarische Initiative für ein Verbot von Kleinkredit-Werbung!